

PRESSEMIT TELLUNG

Sozialpolitik

Nr. 269/15 vom 18. Juni 2015

Daniel Günther zu TOP 20 + 21: Eingetragene Partnerschaften sollen der Ehe vollkommen gleichgestellt werden

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Daniel Günther hat die heutige (18.06.2015) Zustimmung des Landtages zum CDU-Antrag zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften begrüßt.

"Es entspricht unserem christlichen Leitbild, dass zwei Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Genauso wollen auch viele homosexuelle Paare leben. Wer, wenn nicht die CDU als größte Volkspartei, sollte sie darin vollständig unterstützen?", so Günther. Es sei falsch, sich von Gerichtsurteilen treiben zu lassen. Stattdessen müsse die CDU die gesellschaftliche Debatte prägen. Dieses Ziel verfolge der heutige CDU-Antrag.

Günther wies darauf hin, dass die Frage der völligen Gleichstellung eingetragener Partnerschaften bereits seit längerer Zeit innerhalb der CDU-Fraktion diskutiert worden sei. Darum sei der heutige CDU-Antrag kein plötzlicher Kursschwenk, sondern das Ergebnis eines längeren Prozesses. Innerhalb der Landtagsfraktion habe es schon vor der heutigen Abstimmung viele Abgeordnete gegeben, die die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften befürwortet hätten.

Oppositionsführer Günther erinnerte daran, dass auch andere Fraktionen sich bewegt und ihre Positionen verändert hätten. Schließlich hätten Abgeordnete

Pressesprecher Dirk Hundertmark Landeshaus, 24105 Kiel Telefon: 0431 988-1440 Telefax: 0431-988-1443 E-Mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

anderer Fraktionen vor nicht langer Zeit die Ehe noch als längst überholtes Leitbild der Vergangenheit abgetan und ihr Ende vorausgesagt. Dies sei ebenfalls eine Fehleinschätzung gewesen, so Günther.

In seinem Redebeitrag betonte der Oppositionsführer, dass die Ehe zwischen Mann und Frau weiterhin das Lebensmodell der deutlichen Mehrheit sei. Darum stehe die CDU zur Ehe im Grundgesetz und zur völligen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit ihr und die damit verbundene Beendigung von Ungleichbehandlungen.